



2003 | 2006 | 2008 | BTI 2010

Transformation Index 2010

Politische Gestaltung
im internationalen Vergleich

Die Welt im Wandel: Neue Herausforderungen für Demokratie und Marktwirtschaft

3_Vorwort 4_Ergebnisse des BTI 12_Ranglisten 14_Regionen im Überblick 16_Kriterien Status-Index 20_Kriterien Management-Index 23_BTI-Board



Die Voraussetzungen für die politische Steuerung gesellschaftlichen Wandels haben sich in den vergangenen beiden Jahren dramatisch verändert. Im Untersuchungszeitraum des Transformation Index 2010 (BTI) endete eine Phase günstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die in zahlreichen Entwicklungs- und Transformationsländern zu beachtlichen Wachstumsraten und größeren politischen Entscheidungsspielräumen geführt hatte. Nicht erst die Wirtschafts- und Finanzkrise verdeutlichte jedoch auch die gestiegene Abhängigkeit der meisten Ökonomien von weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Etwa drei Viertel der Entwicklungsländer litten bereits unter der Preishausse an den Nahrungsmittelmärkten 2007 und 2008, die für die nettoölimportierenden Staaten durch hohe Ölpreise in ihrer Wirkung noch verstärkt wurde. Erst allmählich wird deutlich, welche langfristigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen die Wirtschafts- und Finanzkrise hat und wie stark jedes einzelne Land von den direkten und indirekten Folgen betroffen ist. Zwar besteht Hoffnung, dass der Tiefpunkt der Krise rascher überwunden werden kann als noch im Frühjahr 2009 erwartet. Dies ändert allerdings nichts an der Schwere der Krise und der Unsicherheit über die Länge der Wegstrecke zur gesicherten Erholung. Der BTI 2010 zeichnet vor diesem Hintergrund mit 128 Ländergutachten ein detailliertes Bild, unter welchen Ausgangsbedingungen die politischen Akteure die Krisenbewältigung in Angriff nehmen und welche Kapazitäten zum politischen Management ihnen dafür zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse des BTI 2010 zum Stand der weltweiten politischen Transformation zeigen auf den ersten Blick große Stabilität: 60 Prozent der untersuchten Länder werden weiterhin demokratisch regiert, als übergeordnetes Leitbild hat Demokratie offenbar nicht an Anziehungskraft verloren. Allerdings sinkt insgesamt die Qualität der Demokratie, außer in einer recht stabilen Spitzengruppe, teilweise beträchtlich. Von diesem Qualitätsverlust sind mittlerweile auch Kernaspekte politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten betroffen. Besonders ausgeprägt sind zunehmende Einschränkungen bei freien und fairen Wahlen sowie bei der Versammlungs- und Pressefreiheit. Darüber hinaus verhindern eine mangelhafte rechtsstaatliche Verankerung, schwache Parteiensysteme sowie fehlendes Vertrauen und Sozialkapital in der Zivilgesellschaft weitere Konsolidierungsschritte in zahlreichen Demokratien. Dies höhlt auf Dauer die Qualität und Substanz des Regierens aus und führt zu einem Ansehensverlust demokratischer Institutionen.

Im ökonomischen Bereich verfestigten sich die Defizite der vergangenen Jahre. Der BTI 2010 belegt, dass nur die wenigsten Staaten ihre hohen Wachstumsraten und volkswirtschaftliche Stärke für den institutionellen Ausbau ihrer Marktwirtschaft oder für politische Maßnahmen des sozialen Ausgleichs nutzten. Bei weitem nicht alle Bevölkerungsschichten profitierten vom wirtschaftlichen Aufschwung. Diese strukturellen Defizite und sozialen Schieflagen bergen

unter Bedingungen weltwirtschaftlicher Unsicherheit beträchtliche Risiken. Schwindende finanzielle Ressourcen und das Fehlen legitimitätsstiftender wirtschaftlicher Prosperität könnten in Zukunft die Stabilität vieler Regierungen bedrohen.

Angesichts dieser Entwicklungen haben die normativen Grundprämissen des BTI – die Forderung nach einer rechtsstaatlichen Verankerung von Demokratie und einer sozialpolitischen Flankierung der Marktwirtschaft – nichts an Aktualität eingebüßt. Um politische Entscheidungsträger rechenschaftspflichtig zu machen, Entscheidungsprozesse transparent zu halten und Bürgerrechte zu garantieren bedarf es einer funktionierenden Gewaltenteilung. Eine auf mittlere bis längere Sicht stabile Wirtschaftsentwicklung erfordert es, auf solider institutioneller Basis Armut zu bekämpfen, Chancengleichheit herzustellen und soziale Härten auszugleichen.

Der Transformation Index ermöglicht eine differenzierte Betrachtung dieser komplexen Wandlungsprozesse. Aufgrund des umfassenden Ansatzes und seiner separaten Untersuchung der Qualität von Governance im Management-Index ist er zum festen Bestandteil von wissenschaftlicher Analyse und politischen Entscheidungsprozessen geworden. Wir hoffen, dass der BTI auch diesmal zahlreiche Impulse und Hinweise an außen- und entwicklungspolitische Akteure, Wissenschaft und Medien sowie nicht zuletzt an Demokraten und Reformen vor Ort vermittelt.

Ergebnisüberblick

Der BTI informiert politische Entscheidungsträger, zivilgesellschaftliche Akteure und entwicklungspolitische Organisationen umfassend über erfolgreiche politische und wirtschaftliche Gestaltungsprozesse. Er orientiert sich dabei am Leitbild rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft. 128 Länder werden detailliert untersucht und innerhalb des BTI in zwei Ranglisten eingeordnet. Der **Status-Index** stellt den im Frühjahr 2009 erhobenen Entwicklungsstand eines Landes auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft dar, während der **Management-Index** die Qualität der Steuerungsleistungen der politischen Entscheidungsträger im Zeitraum von 2007 bis 2009 bewertet. Erfasst werden weltweit alle Staaten mit mehr als zwei Millionen Einwohnern (sowie zusätzlich Bahrain, Botswana, Estland, Katar, Kosovo, Mauritius und Montenegro als besonders interessante Fälle), die zu Beginn des Untersuchungszeitraums noch keine vollständig konsolidierten Demokratien mit entwickelter Marktwirtschaft waren.



Im **Status-Index** des BTI 2010 wird der Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation in nur 13 Staaten als weit fortgeschritten angesehen. Diese führenden Länder sind weitgehend identisch mit denen des BTI 2006 und 2008. Lediglich Kroatien wurde beim Schutz von Meinungsfreiheit und Bürgerrechten schlechter bewertet als vor zwei Jahren und fiel damit aus der Spitzengruppe des Status-Index heraus. Insgesamt besteht diese aus acht EU-Mitgliedstaaten, zwei asiatischen Staaten (Taiwan, Südkorea) sowie drei Staaten aus Lateinamerika (Chile, Uruguay, Costa Rica). Gemeinsam ist allen weit fortgeschrittenen Ländern, dass sie über ein relativ robustes sozioökonomisches Entwicklungsniveau verfügen.

Im weltweiten Durchschnitt sind die Werte für die Ahndung von Amtsmissbrauch sowie insgesamt für den rechtsstaatlichen Bereich besorgniserregend. Zudem hat eine graduelle Erosion von Demokratiequalität mittlerweile Kernbereiche des politischen Systems erfasst. So sind in zahlreichen Demokratien teils starke Rückgänge von Versammlungs- und Organisationsfreiheit sowie Pressefreiheit zu verzeichnen. Im wirtschaftlichen Bereich bleiben Sozialniveau und Nachhaltigkeit nach wie vor deutlich hinter den Werten für wirtschaftliche Leistungskraft zurück. In einem Viertel der untersuchten Länder ist das sozioökonomische Entwicklungsniveau so niedrig, dass Armut und sozialer Ausschluss verbreitet und strukturell verfestigt sind. Mäßige bis gute Werte in diesem Bereich erreichen nur 41 Länder.

Die besten Länder im Status-Index

- 1 Tschechien
- 2 Slowenien
- 3 Taiwan
- 4 Estland
- 5 Uruguay
- 6 Slowakei
- 7 Litauen
- 8 Ungarn
- 9 Chile
- 10 Costa Rica
Polen

Die besten Länder im Management-Index

- 1 Uruguay
- 2 Chile
- 3 Estland
- 4 Südkorea
- 5 Brasilien
- 6 Taiwan
- 7 Botswana
- 8 Slowakei
- 9 Tschechien
- 10 Litauen
Mauritius

Auf- und Absteiger im politischen Management

Deutlicher als in den Statusanalysen fielen die Veränderungen in den Top 10 des **Management-Index** aus. Lettland, Kroatien und insbesondere Südafrika nehmen keine Spitzenplätze mehr ein. An ihre Stelle rücken Brasilien, Tschechien und Litauen. Angeführt wird der Management-Index erstmals von Uruguay. Der seit 2005 amtierenden Regierung unter Präsident Tabaré Vázquez gelang es in den letzten Jahren, die Marktwirtschaft mit schrittweisen Strukturreformen zu stärken und den Schuldenstand zu reduzieren. Der Regierung wird eine hohe Steuerungskapazität attestiert. Weitere Stärken sind das hohe Partizipationsniveau der uruguayischen Demokratie, die Einbindung der starken Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse und der breite Konsens sämtlicher Akteure über wichtige Reformen.

Immerhin 49 der untersuchten 128 Staaten betreiben ein insgesamt gutes Reformmanagement. Außerhalb des mittelosteuropäischen Raums haben insbesondere die politischen Eliten in Chile, Brasilien, Ghana, Indien, Indonesien, Taiwan, der Türkei und Uruguay in den letzten Jahren die erzielten Erfolge bewahrt und vertieft. Aber auch in Mali, Liberia, Malawi und im Niger ist es den Regierungen gelungen, trotz ausgeprägter struktureller Schwierigkeiten politisch umsichtig und langfristig zu agieren.

Zu den Gewinnern zählen in erster Linie Liberia, Haiti, Burundi, Indonesien und Paraguay. Aufsteiger im Management-Index sind auch Angola, der Irak und Nepal, in denen die politischen Eliten den Beginn eines Regimewechsels zur Demokratie einleiten konnten. Doch auch Autokratien wie Togo, die Vereinigten Arabischen Emirate und Côte d'Ivoire konnten seit 2006 ihre Werte relativ deutlich verbessern.

Zu den Verlierern gehören so unterschiedliche Länder wie der Senegal, Venezuela und Slowenien. Unter den Demokratien fällt vor allem das schlechtere Abschneiden Südafrikas auf, das die 2008 noch erreichte Spitzengruppe verlässt und bis auf Rang 33 absinkt. Dies liegt in erster Linie im Machtkampf zwischen dem bis zum September 2008 regierenden Präsidenten Mbeki und seinem Herausforderer Zuma begründet. Die Auseinandersetzungen führten zu massiver innenpolitischer Polarisierung, zur Ausübung von politischem Druck auf die Unabhängigkeit der Justiz und zu einer Vernachlässigung reformorientierter Politik. Nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Zuma gibt es allerdings Anzeichen einer Restabilisierung.

Schwaches, blockiertes oder nicht vorhandenes Transformationsmanagement konstatiert der BTI in 39 Staaten. In 17 Ländern - insbesondere in Guinea, Tadschikistan und Pakistan - hat das Transformationsmanagement im Verlauf der letzten vier Jahre stark nachgelassen.

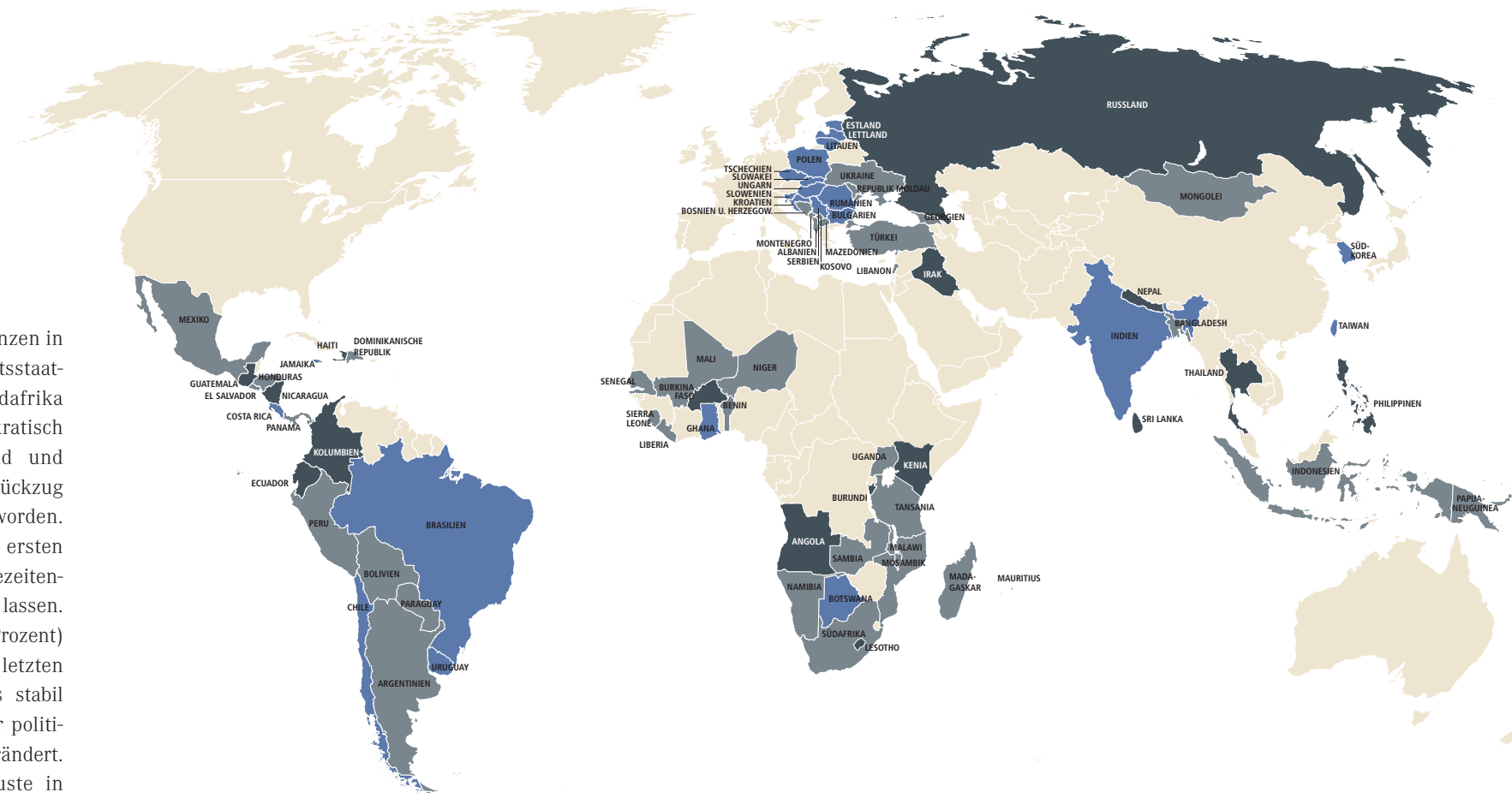
Stärkste Gewinne im Gesamtwert des Management-Index, 2006 – 2010

Land	BTI 2006		BTI 2008		BTI 2010		Differenz 2006 – 2010	
	Wert	Rang	Wert	Rang	Wert	Rang	Wert	Rang
Liberia	3,62	92	4,96	66	6,04	31	2,42	61
Togo	2,28	110	3,65	104	4,70	72	2,42	38
Haiti	2,84	105	4,49	86	4,75	71	1,91	34
Burundi	2,77	106	4,80	70	4,55	78	1,78	28
VAE	4,20	77	5,04	60	5,47	54	1,27	23
Côte d'Ivoire	1,83	116	2,18	118	2,92	116	1,09	0
Indonesien	4,84	60	5,27	53	5,87	37	1,03	23
Paraguay	4,95	58	5,73	43	5,97	34	1,02	24

Qualitätsverlust der Demokratie

76 der vom BTI untersuchten 128 Staaten erfüllen die Grundanforderungen eines demokratischen Systems. Während 23 Demokratien keine wesentlichen Defizite aufweisen, werden 53 Länder als „defekte Demokratien“ eingeordnet, denen es trotz relativ freier Wahlen an der hinreichenden Durchsetzung der politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte oder einer effektiven Gewaltenteilung mangelt. Unter ihnen sind 16 Staaten wie Kenia, Russland oder Haiti, die durch erhebliche Mängel an Rechtsstaatlichkeit, eingeschränkte Chancengleichheit für die Opposition sowie nur bedingt repräsentative politische Strukturen gekennzeichnet sind und deshalb als „stark defekte Demokratien“ geführt werden. Zu den 52 Autokratien zählt der BTI auch die *failing states* Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik, denen trotz durchgeführter Wahlen aufgrund eines stark eingeschränkten staatlichen Gewaltmonopols in Verbindung mit kaum vorhandenen Verwaltungsstrukturen keine demokratischen Verhältnisse attestiert werden können.

Angeichts von Autokratisierungstendenzen in Russland oder Venezuela, der Erosion rechtsstaatlicher Standards in Nicaragua oder Südafrika sowie der gewaltsamen Absetzung demokratisch gewählter Regierungen wie in Thailand und Mauretanien ist wiederholt die These vom „Rückzug der Demokratien“ in den Raum gestellt worden. Die Ergebnisse des BTI 2010 geben auf den ersten Blick keinen Anlass, einen globalen Gezeitenwechsel hin zu mehr Autokratie fürchten zu lassen. Das Verhältnis zwischen Demokratien (60 Prozent) und Autokratien (40 Prozent) ist in den letzten Ausgaben des Transformation Index stets stabil geblieben. Auch die Durchschnittswerte für politische Transformation bleiben nahezu unverändert. Auf globaler Ebene werden starke Verluste in Madagaskar oder Georgien durch Qualitätsgewinne in Liberia, der Türkei oder Serbien ausgeglichen. Insbesondere die kontinuierliche Festigung der Demokratie in Flächenstaaten wie Brasilien oder Indonesien ist beeindruckend.



Entscheidend ist daher weniger die Klassifizierung nach Regimetypen als vielmehr eine nähere Betrachtung der Demokratiequalität. Hier hat sich der Anteil der eher mäßig defekten Demokratien unter allen demokratischen Systemen in den letzten vier Jahren von 62 auf etwa 49 Prozent verringert, während zugleich der Anteil der stark defekten Demokratien in diesem Zeitraum von etwa zehn auf über 20 Prozent gestiegen ist. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Demokratien mag nahezu gleich bleiben, aber unterhalb einer recht stabilen Spitzengruppe sinkt die Qualität vieler demokratischer politischer Systeme in signifikanter Weise.

schnittswert um 0,43 Punkte, und in den sich konsolidierenden Demokratien ging der Wert für Pressefreiheit sogar um besorgniserregende 0,64 Punkte zurück. Besonders betroffen waren die defekten und stark defekten Demokratien Afrikas, vor allem Kenia, Madagaskar, Niger, Südafrika und Uganda. Aber auch in fortgeschrittenen Demokratien wie Ghana, Kroatien, Serbien oder Südkorea waren Rückschritte zu verzeichnen.

Schwachstellen: Rechtsstaatlichkeit und soziale Integration

Erneut erweisen sich Rechtsstaatlichkeit und Integrationsfähigkeit als die Schwachstellen aller im BTI untersuchten Demokratien, insbesondere der defekten und stark defekten Demokratien. Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ist die Ahndung von Amtsmissbrauch noch immer der schlechteste Einzelwert und korrespondiert mit dem gleichfalls schlechtesten Wert des Management-Index für Antikorruptionspolitik. Aber auch die Gewaltenteilung und insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz sind in defekten und stark defekten Demokratien nur sehr eingeschränkt gewährleistet. Weitere Schwachpunkte sind das Fehlen eines stabilen und repräsentativen Parteiensystems, die schwache oder unausgewogene Vertretung durch Interessenverbände sowie der mangelnde Aufbau von Vertrauen und Sozialkapital in der Zivilgesellschaft.

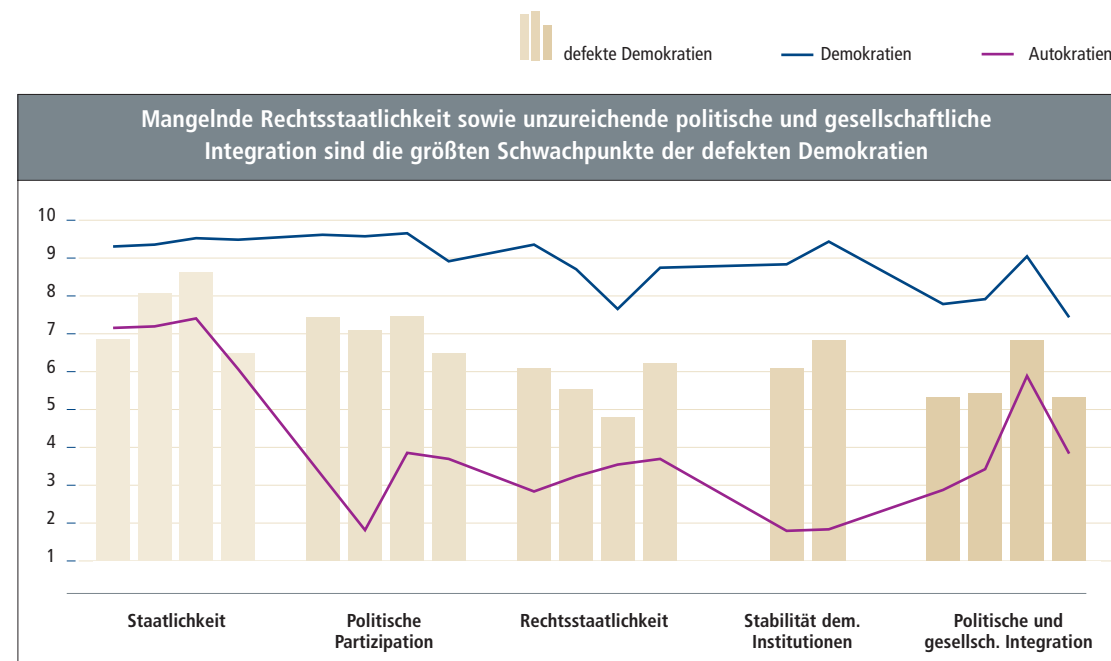
- Staatlichkeit**
 - staatliches Gewaltmonopol
 - staatliche Identität
 - Trennung von Staat und Kirche
 - grundlegende Verwaltungsstrukturen

- Politische Partizipation**
 - freie und faire Wahlen
 - effektive Regierungsgewalt
 - Versammlungsfreiheit
 - Meinungsfreiheit

- Rechtsstaatlichkeit**
 - Gewaltenteilung
 - unabhängige Justiz
 - Ahndung von Amtsmissbrauch
 - Schutz der Bürgerrechte

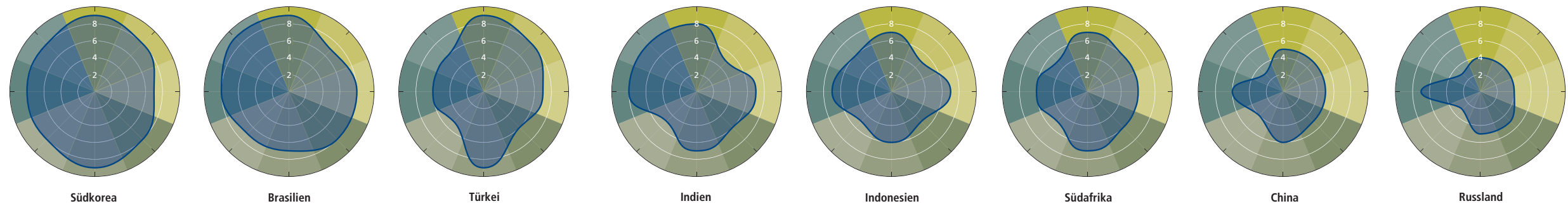
- Stabilität dem. Institutionen**
 - Leistungsfähigkeit dem. Institutionen
 - Akzeptanz dem. Institutionen

- Polit. und gesellsch. Integration**
 - Parteiensystem
 - Interessenvertretung
 - Zustimmung zu demokratischen Normen
 - gesellschaftliche Selbstorganisation



Gut gerüstet für die Krise?

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hatten im Frühjahr 2009 die große Mehrheit der untersuchten 128 Länder noch nicht in vollem Ausmaß erreicht. Die im BTI 2010 erfassten makroökonomischen Indikatoren weisen immerhin noch für 40 Länder eine ausgeprägte volkswirtschaftliche Stärke (8 bis 10 Punkte) auf, im Vergleich zu 49 Ländern im BTI 2008. Es steht aber zu befürchten, dass der sofort eingetretene Rückzug privater Portfolio- und Direktinvestoren, kombiniert mit sinkenden Exporterlösen und ausbleibenden Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten in vielen Ländern die mühsam errungenen Wohlstandsgewinne wieder rückgängig machen werden.



Ob und wie die wirtschaftlichen Erschütterungen in den einzelnen Ländern bewältigt werden, hängt nicht zuletzt von der Fähigkeit der Regierungen ab, ein eigenständiges Krisenmanagement zu betreiben. So wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, inwiefern Regierungen in der Lage sind, strategische Prioritäten zu setzen, ihre Entscheidungen effektiv umzusetzen und aus Fehlentwicklungen zu lernen. In wirtschaftlichen Krisenzeiten ist es zudem besonders wichtig, dass die verfügbaren Ressourcen effizient eingesetzt werden, dass die Koordination verschiedener Interessen und Anliegen in kohärenter Weise gelingt und dass korrupte Praktiken erfolgreich bekämpft werden. Vor dem Hintergrund möglicher politischer Erschütterungen schließlich ist die Fähigkeit einer Regierung zu Konfliktmanagement und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen ein wesentlicher Faktor.

Schwache politische Steuerungsleistungen

Die Durchschnittswerte für diese ausgewählten Managementqualitäten aller 128 Länder sind ernüchternd. Lediglich die Politikkoordination erreicht mit 5,5 Punkten einen mäßigen Wert, alle anderen Werte liegen darunter, besonders deutlich in den Bereichen Antikorruptionspolitik (4,3), effizienter Miteinsatz (4,7) und zivilgesellschaftliche Beteiligung (4,8). Nach BTI-Regionen aufgeschlüsselt, zeigen sich lediglich die ostmitteleuropäischen und mit Abstrichen auch die lateinamerikanischen Länder gut gerüstet für die Krise, auch wenn einzelne Länder wie Lettland oder Ungarn besonders hart getroffen wurden. Die Regierungen verfügen nicht nur über die

Kapazitäten, ein effektives Krisenmanagement zu betreiben, sie agieren (mit starken Einschränkungen hinsichtlich Mittelamerika und der Andenregion) zumeist auch unter relativ günstigen Ausgangsbedingungen.

Korruptionsbekämpfung mangelhaft

Umgekehrt sind es gerade die strukturellen Rahmenbedingungen, die in Subsahara-Afrika ein eigenständiges Krisenmanagement der Regierungen erheblich erschweren. Das sozioökonomische Entwicklungsniveau in 32 der 37 untersuchten Länder konnte mit lediglich 1 bis 3 Punkten (von maximal 10) bewertet werden und verdeutlicht, dass Massenarmut und sozialer Ausschluss lediglich in Botswana, Ghana, Mauritius, Uganda und Südafrika noch keine dramatischen Ausmaße angenommen haben. Vor diesem Hintergrund ist die Schwäche der politischen Gestaltungsfähigkeiten besorgniserregend. Mit wenigen Ausnahmen (Botswana, Mauritius, Namibia) ist die unzureichende Bekämpfung von Korruption das größte Manko, und auch der wenig effiziente Ressourceneinsatz stellt einen wesentlichen Schwachpunkt dar. Im Nahen Osten, in Nordafrika und in der GUS-Region ist die durchschnittliche Gestaltungskapazität ähnlich schwach wie in weiten Teilen Afrikas. Die ausgeprägten Defizite bei der zivilgesellschaftlichen Beteiligung sind bezeichnend für die zumeist autoritär regierten Länder, und auch in diesen Regionen wird die Antikorruptionspolitik schwach bewertet. Immerhin sind hier die strukturellen Rahmenbedingungen besser, insbesondere die rohstoffreichen Staaten der Golfregion erzielten positive Bewertungen ihrer Wirtschaftsstärke und

Makrostabilität. Im asiatischen Raum schließlich weisen hochentwickelte Staaten wie Singapur, Südkorea und Taiwan beeindruckende Managementleistungen auf. Auf etwas niedrigerem Niveau folgen Indien, Indonesien und Malaysia mit guten Werten zu Konfliktmanagement sowie zu Ressourceneffizienz (Malaysia) und zu Gestaltungsfähigkeit (Indien, Indonesien). Die regionalen Durchschnittswerte für Steuerungsleistungen und Ressourceneffizienz werden aber vor allem durch Länder wie Kambodscha, Laos, Myanmar, Nepal oder Nordkorea gedrückt, bei denen sich eine teils prekäre sozioökonomische Situation mit dem fehlenden Managementbeitrag ergänzt.

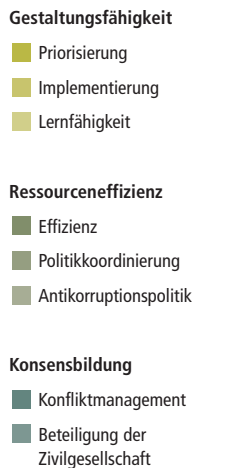
Spitzenreiter: Südkorea, Brasilien und Türkei

Wenn hingegen einige der für die Weltwirtschaft besonders wichtigen Länder in Augenschein genommen werden, hellt sich das Bild der globalen Kapazitäten zum Umgang mit der Krise deutlich auf. Insbesondere Südkorea, Brasilien und die Türkei, aber auch Indien, Südafrika und Indonesien weisen respektable bis gute Werte für die Steuerungsleistungen ihrer Regierungen auf. Die drei Spitzenreiter erhalten Höchstwerte in der Setzung strategischer Prioritäten, und während Südkorea und die Türkei zusätzlich noch bei der regierungsinternen Koordination punkten, besticht Brasiliens Regierung durch die systematische Konsultation zivilgesellschaftlicher Gruppen. Indien und Südafrika erzielen nur mittelmäßige Werte bei der Ressourceneffizienz. Insbesondere eine wenig effektive Antikorruptionspolitik stellt auch hier ein Problem dar. Immerhin kann die indische Regierung durch gutes Konflikt-

management und zivilgesellschaftliche Einbindung überzeugen. Die Regierungen Russlands und Chinas hingegen erreichen in nahezu allen Bereichen unterdurchschnittliche Managementwerte. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der BTI im Kriterium Gestaltungsfähigkeit die Durchführung von demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen bewertet, so dass Autokratien wie China hier niedrigere Punktwerte erhalten.

Studie zu Krisenmanagement im Vergleich

Der BTI 2010 skizziert in detaillierten Länderanalysen die Kapazitäten von Regierungen, mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise politisch steuernd umzugehen. Das tatsächliche Krisenmanagement dieser acht wirtschaftlich besonders bedeutsamen Länder wird die Bertelsmann Stiftung in einer zusätzlichen Vergleichserhebung untersuchen, in die neben wichtigen Transformationsländern auch fortgeschrittene Industriestaaten wie Deutschland, Großbritannien und die USA einbezogen werden. Die Studie „Comparative Crisis Management“ wird die Planung und Priorisierung von Regierungsmaßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Zeitrahmen und Schwerpunkte der aufgelegten Programme, die Kommunikation und Koordination bei der Umsetzung, die Finanzierung und Geldpolitik sowie die Lerneffekte und Auswirkungen von Regierungshandeln in detaillierten Ländergutachten erörtern. Der BTI 2012 wird dann eine präzise Auswertung des Krisenmanagements aller Entwicklungs- und Transformationsländer ermöglichen.



Legitimation in der Krise?

Die langfristigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Entwicklungs- und Transformationsländer sind derzeit kaum abzusehen. Vieles hängt nicht nur von der Dauer der Krise, sondern auch vom unterschiedlichen Ausmaß ab, in dem Staaten von ihren Auswirkungen betroffen sind. Dies wird letztlich auch mit darüber entscheiden, ob der externe Schock, den die weltweite Krise auslöste, systembedrohenden Charakter für einzelne Regierungen entwickeln und ihnen die Legitimationsgrundlagen entziehen wird.



Politische Herrschaft kann sich durch eine Vielzahl von Faktoren legitimieren. Auf der Input-Seite stehen die Art und Qualität der Entscheidungsprozesse und der Partizipation im Vordergrund. Kommen politische Entscheidungen auf eine transparente Art zustande, sind sie kontrollier- und nachvollziehbar? Welche Kanäle der Interessenvermittlung bestehen, sind diese offen oder geschlossen? Besteht eine gewisse Chancengleichheit bei der Berücksichtigung der Interessen? Output-orientierte Legitimation fragt dagegen nach der Leistungsbilanz der Herrschenden. Sind die getroffenen Problemlösungen effektiv und effizient? Kann der Staat Sicherheit und Ordnung gewährleisten? Gibt es messbare Entwicklungserfolge, etwa im Bereich der Armutsbekämpfung, des sozialen Ausgleichs oder der Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und wirtschaftlichem Wohlstand? Sind diese Faktoren erfüllt, führt dies zur Anerkennung durch die Regierten und sichert damit den Fortbestand des Regimes. Im Idealfall verhalten sich Input- und Output-Legitimation komplementär und führen zu einem Gleichgewicht der Legitimationsgrundlagen.

Ein Blick auf die Legitimitätsgrundlagen der im BTI 2010 untersuchten Staaten zeichnet folgendes Bild am Ende der weltwirtschaftlichen Schönwetterphase: Eine ausgeglichene Balance zwischen input- und output-orientierten Faktoren auf hohem Niveau erzielen die weit fortgeschrittenen rechtsstaatlichen Demokratien. Diese Spitzengruppe ist nahezu identisch mit den Bestplatzierten im Status-

Index. Entsprechend wenig überraschend ist das Bild am unteren Ende der Skala: der *failing state* Somalia oder Autokratien wie Nordkorea und Myanmar weisen ein extrem geringes Niveau an Legitimität auf. Hier wirken entweder andere, etwa charismatische oder ideologische Muster der Herrschaftslegitimation, oder die bestehenden Legitimitätsdefizite werden durch massive Repression ausgeglichen, um das Überleben des Regimes zu sichern.

Legitimationsdruck bei sinkender Wirtschaftsleistung

Aufschlussreicher für die möglichen Verschiebungen der Legitimitätsgrundlagen durch die Krise ist die Analyse jener Staaten, in denen eine große Lücke zwischen input- und output-orientierter Legitimation klafft. Autokratien müssen sich überwiegend über ihren Output legitimieren. Viele nutzen die günstigen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre effizient, um ihre wirtschaftliche Leistungskraft zu steigern und teilweise auch ihre sozialen Sicherungssysteme auszubauen. Autoritäre Modernisierer wie China und Vietnam sowie die Golfstaaten und Kuba erzielen hohe Werte für ihre Output-Legitimation, Singapur sogar den höchsten unter allen BTI-Ländern. Die Input-Seite fällt demgegenüber in unterschiedlich starkem Ausmaß ab. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise könnten einigen dieser Staaten die Ressourcen für ihre Output-Legitimation abhanden kommen und die Regierungen in Folge unter erheblichen Legitimationsdruck geraten. Zunehmende Repression

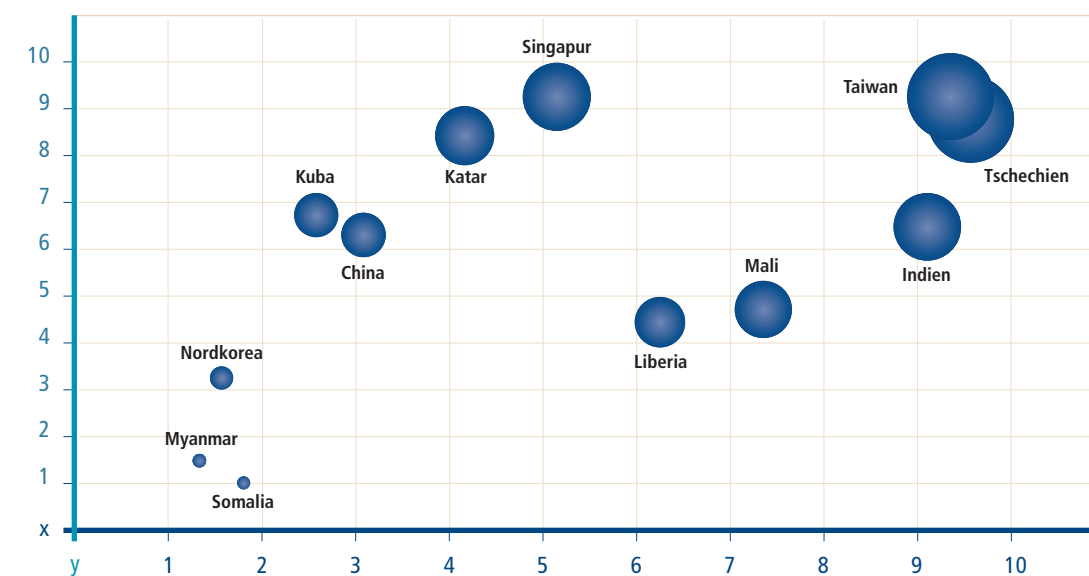
wäre dann indes nur eine mögliche Reaktion, um die Stabilität und das Überleben der Systeme zu sichern. Auch die Einführung einzelner politischer Beteiligungsrechte und damit die Erhöhung der Input-Legitimation ist denkbar. Vorrangiges Ziel der Regierungen wäre freilich in der Regel nicht die demokratische Öffnung, sondern die Stabilisierung des autokratischen Regimes ohne eine exzessive Repression, die die Macht- und Ressourcenbasis gefährden könnte.

Doch auch im umgekehrten Fall könnten die direkten und indirekten Auswirkungen der Krise das vorhandene Legitimationsdefizit und das prekäre Ungleichgewicht zwischen Input- und Output-Legitimation verschärfen und damit zu politischen Instabilitäten führen. In defekten Demokratien wie Mali oder Liberia, Benin oder Papua-Neuguinea ist die Legitimität des politischen Systems durch die Beteiligung der Bevölkerung (Input) vergleichsweise hoch, die Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit der Regierenden jedoch aus unterschiedlichen Gründen relativ gering. Die durch die Auswirkungen der Krise sinkenden Ressourcen und Handlungsspielräume werden es vermutlich in der Zukunft noch schwieriger machen, die Erwartungen und Wünsche der Bevölkerung auf bessere Lebens-

bedingungen (Output) zu erfüllen. Wenn aber das Vertrauen der Bürger in die Kapazitäten des politischen Systems dadurch weiter sinkt, ist es nicht auszuschließen, dass das demokratische System selbst in Frage gestellt wird.

Externe Unterstützung als stabilisierender Faktor in Krisenzeiten

Für externe Unterstützer von Entwicklung und demokratischer Transformation lohnt deshalb ein Blick vor allem auf jene Länder, die sich durch eine hohe Input-Legitimität und vergleichsweise gute Regierungsqualität auszeichnen, aber aufgrund von ungünstigen strukturellen Rahmenbedingungen und unter dem zusätzlichen Druck der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nur unzureichend Output-Legitimität erzeugen können. Diese Länder sollten primäres Ziel externer Hilfen werden, bevor schwache demokratische Regime aufgrund von sozioökonomischen Schieflagen grundsätzlich in ihrer Legitimität hinterfragt werden. Doch auch eine differenziertere Betrachtung der sich wandelnden Legitimationsmuster autokratischer Regime mit bisher hoher Output-Legitimität scheint angebracht, um auf verschärfte Repressionen wie aber auch auf Entwicklungen zu mehr Partizipation angemessen reagieren zu können.



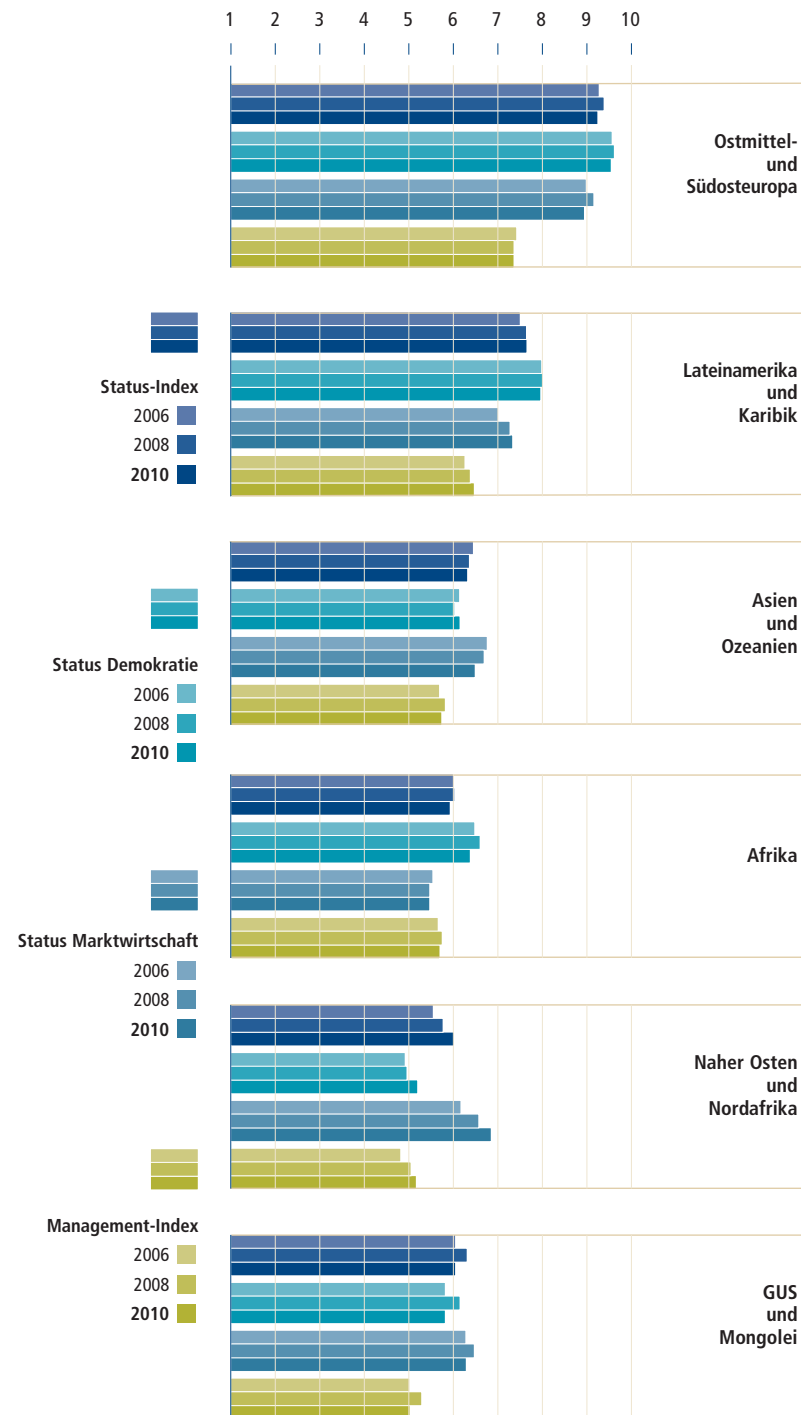
x Input-Legitimation

In die Bewertung der Input-Legitimation sind folgende BTI-Indikatoren eingeflossen: staatliche Identität, freie und faire Wahlen, Assoziations- und Versammlungsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, bürgerliche Rechte, Akzeptanz demokratischer Institutionen, Zustimmung zur Demokratie, Sozialkapital, Konsensbildung, internationale Glaubwürdigkeit

y Output-Legitimation

In die Bewertung der Output-Legitimation sind folgende BTI-Indikatoren eingeflossen: staatliches Gewaltmonopol, grundlegende Verwaltungsstrukturen, sozioökonomisches Entwicklungsniveau, makroökonomische Stabilität, soziale Sicherung, Chancengleichheit, Leistungsstärke der Volkswirtschaft, Bildungspolitik, Ressourceneffizienz

Regionen im Überblick



Unter schwierigsten ökonomischen und sozialen Ausgangsbedingungen werden in **Afrika** noch immer relativ gute Werte für die politische Transformation erreicht. In **Ostmittel- und Südosteuropa** zeigt sich erneut, dass im Konsolidierungsprozess nur selten Spitzenwerte im politischen Management zu erreichen sind. Seit vier Jahren verbessern sich in **Lateinamerika und der Karibik** kontinuierlich die wirtschaftliche Situation wie auch die politischen Steuerungsleistungen. Deutliche wirtschaftliche Verbesserungen gab es in **Nordafrika und dem Nahen Osten**, während die Werte für Demokratie und Management weiterhin schwach ausfallen. Der Schwung der farbigen Revolutionen in der **GUS** ist aufgebraucht, die Region fällt in allen Bereichen auf den Stand von 2006 zurück. Trotz starker Ökonomien in Südkorea, Taiwan und Singapur gehen die Werte für wirtschaftliche Transformation in **Asien und Ozeanien** seit vier Jahren zurück.

□ Ostmittel- und Südosteuropa

Zwanzig Jahre nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs ist Ostmittel- und Südosteuropa die fortgeschrittenste aller im BTI untersuchten Regionen in Bezug auf Demokratie und Marktwirtschaft. Allerdings erzielen die ostmitteleuropäischen Staaten weiterhin deutlich bessere Resultate als die Balkanstaaten. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich diese Kluft etwas verringert, da ostmitteleuropäische Länder wie Lettland und Ungarn zu Beginn der globalen Finanzkrise stärker betroffen waren als Südosteuropa. In politischer Hinsicht hat sich hingegen das regionale Gefälle noch verstärkt. Für ostmitteleuropäische Länder wie Polen konnten Fortschritte beobachtet werden, während in einigen südosteuropäischen Ländern demokratische Standards ausgehöhlt wurden. Besonders groß sind die regionalen Unterschiede bezüglich der Gewaltenteilung, der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz.

□ Lateinamerika und Karibik

Am Vorabend der Wirtschaftskrise blickte Lateinamerika auf eine längere Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs zurück, der in den letzten zwei Jahren insbesondere in Brasilien, Chile, Costa Rica, Panama, Peru und Uruguay zu einer erhöhten Leistungsstärke der Volkswirtschaften geführt hat. Die Regierungen dieser Region haben es allerdings nur in unzureichendem Maße vermocht, alle Bevölkerungsgruppen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen. Somit liegt das Kernproblem Lateinamerikas weiterhin in dem teils ausgeprägten Missverhältnis zwischen sozialen Forderungen und der Managementkapazität der politischen Eliten. Lediglich Chile, Uruguay, Costa Rica und auch Kuba sowie mit Abstrichen Brasilien und Argentinien weisen gute Werte für Entwicklungsstand und Sozialordnung auf.

□ Asien und Ozeanien

Der asiatische Raum ist weiterhin in demokratische Reformer und autoritäre Modernisierer geteilt. Erfolgreich in allen Bereichen der Wirtschaftsentwicklung sind sowohl Südkorea und Taiwan wie auch das autoritär regierte Singapur. Die regionalen Großmächte Indien und China weisen ebenfalls hohe Wachstumsraten auf, fallen aber in den Bereichen des sozialen Ausgleichs, der Armutsbekämpfung und der Nachhaltigkeit deutlich ab. Auch Vietnam und Malaysia sind wirtschaftlich dynamisch, aber die moderate Autokratie in Kuala Lumpur erreicht ein sozial und ökologisch deutlich ausgewogeneres Wachstum als die Modernisierungsdiktatur in Hanoi. Auffällig ist der unterschiedliche politische Trend der beiden demokratisch regierten Inselstaaten Indonesien und Philippinen. Während die Demokratiequalität im größten muslimischen Land der Welt seit mehreren Jahren kontinuierlich zunimmt, werden auf den Philippinen die Gewaltenteilung und die Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt.

□ Afrika

Von den 15 Ländern, die in den letzten zwei Jahren starke Qualitätseinbußen an ihren politischen Systemen zu verzeichnen hatten, kommen allein neun aus Subsahara-Afrika. Zu ihnen zählen vormalige demokratische Hoffnungsträger wie Madagaskar, Senegal oder Tansania, die allesamt an die Grenze zu „stark defekten Demokratien“ abgerutscht sind, und mit Mauretanien und Nigeria auch zwei Regime, die nunmehr zu den Autokratien gerechnet werden müssen. Dennoch bleiben die politischen Schwierigkeiten auf dem Kontinent deutlich weniger ausgeprägt als die wirtschaftlichen Defizite. Von den 37 untersuchten afrikanischen Staaten weisen 32 sehr niedrige Bewertungen im sozioökonomischen Entwicklungsniveau auf und sind gekennzeichnet durch Massenarmut und verbreitete soziale Ausgrenzung. Nur auf Mauritius, in Ghana und Botswana sowie in Südafrika stellt sich die soziale Lage besser dar. Diese bittere Bilanz ist nach Jahren stabilen Wachstums vieler Ökonomien Afrikas besonders ernüchternd.

□ Naher Osten und Nordafrika

In den meisten Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens stehen grundlegende politische Reformen nach wie vor nicht zur Debatte. Lediglich der Libanon und die Türkei werden demokratisch regiert, und auch der Irak konnte seine Staatlichkeit immerhin so weit konsolidieren, um mittlerweile als „stark defekte Demokratie“ geführt zu werden. Ökonomisch tonangebend sind die Golfstaaten Katar, Bahrain, die Emirate, Kuwait und auch Oman, die nicht nur aufgrund ihres Ressourcenreichtums beachtliche Wachstumsraten und eine starke wirtschaftliche Stabilität an den Tag legen, sondern zudem Erfolge im Bereich der ökonomischen Diversifizierung und der Anhebung der Bildungsstandards erringen konnten. Die nicht-arabischen Länder Türkei und Iran weisen ausgesprochen gegenläufige Tendenzen auf. Während die Türkei sich erneut politisch und wirtschaftlich verbessern konnte, unterbot der Iran seine bereits zuvor durchweg schlechten Werte.

□ GUS und Mongolei

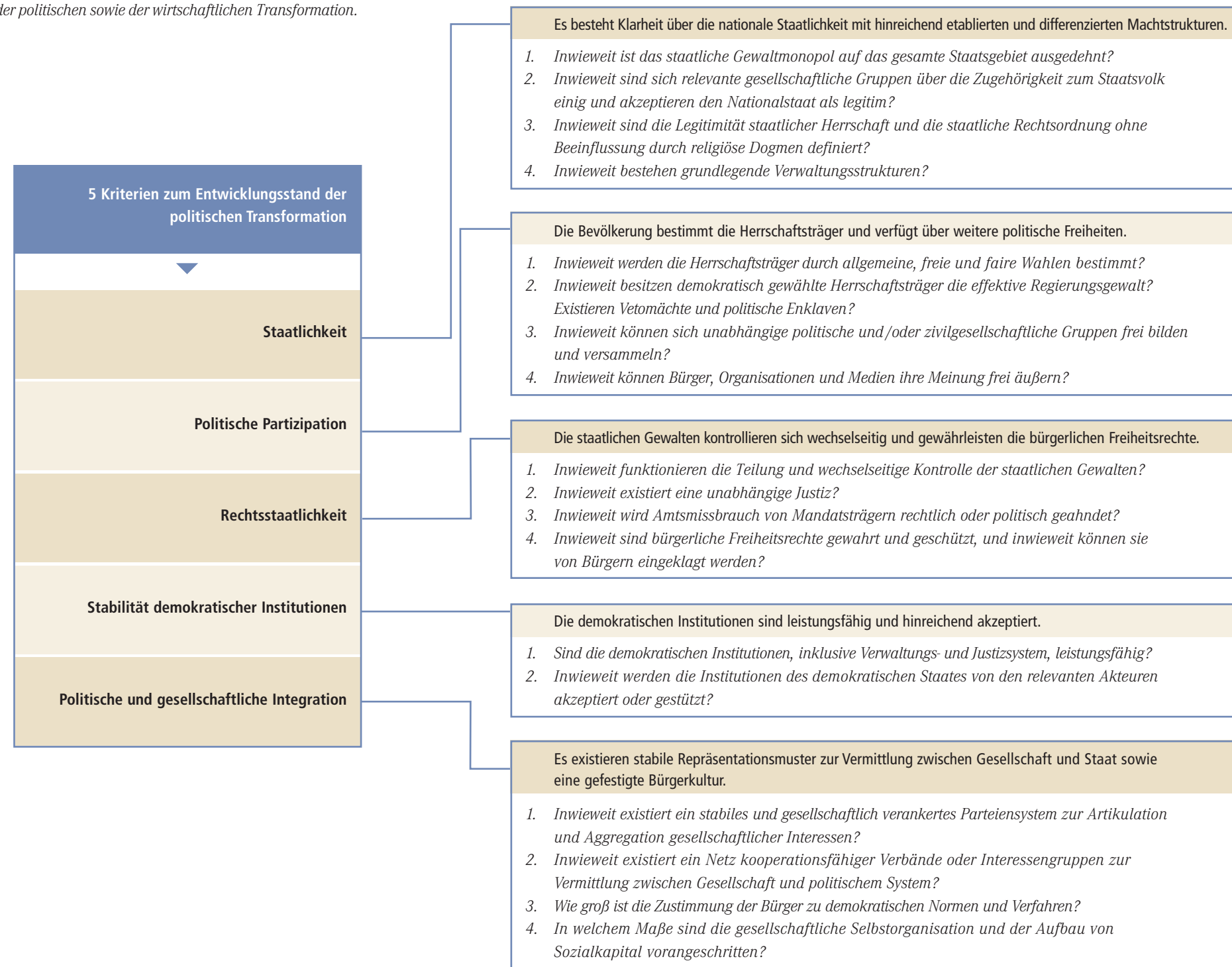
Der noch vor zwei Jahren festzustellende leichte Aufwärtstrend in der Region GUS und Mongolei hat sich mittlerweile umgekehrt. Die Dynamik der farbigen Revolutionen ist erschöpft, die autokratischen Regime der Region konsolidieren sich zunehmend. Die Wahlen in Armenien und Kirgisistan genügten nicht mehr demokratischen Standards, so dass auch diese beiden Länder nun zum Lager der Autokratien gerechnet werden müssen. Rückschritte in politischer und wirtschaftlicher Transformation spiegeln sich deutlich in den politischen Steuerungsleistungen und lassen die Region fast exakt auf das regionale Durchschnittsniveau des BTI 2006 zurückfallen. Nahezu alle Regierungen wiesen ein schlechteres politisches Management auf. Ausgeprägte Schwachpunkte sind bei der Antikorruptionspolitik und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu finden. Einzig die Ukraine kann, wenn auch mit großen Schwierigkeiten, ungefähr die Werte von 2008 halten und bleibt damit instabiler „Spitzenreiter“.

Status-Index Politische Transformation

Der Status-Index gibt Aufschluss darüber, welchen Stand der Entwicklung die 128 Staaten auf dem Weg zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft im Frühjahr 2009 erreicht hatten. Er setzt sich zusammen aus den Bewertungen zum Stand der politischen sowie der wirtschaftlichen Transformation.

Status-Index Demokratie

Der Status politischer Transformation wird anhand von fünf Kriterien erhoben, die auf der Grundlage von 18 Einzelfragen bewertet werden. Im Unterschied zu anderen, enger gefassten Definitionen von Demokratie, die sich vorrangig auf elementare Bürgerrechte und die Durchführung von freien Wahlen beschränken, geht das Demokratieverständnis des BTI weit darüber hinaus und umfasst Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Dieser Ansatz beinhaltet die Fragestellung, inwieweit das demokratische System konsolidiert ist im Hinblick auf Akzeptanz, Repräsentativität und politische Kultur, und gibt somit Aufschluss darüber, ob und in welchem Maße die Grundregeln von Demokratie innerhalb einer Gesellschaft verankert sind.

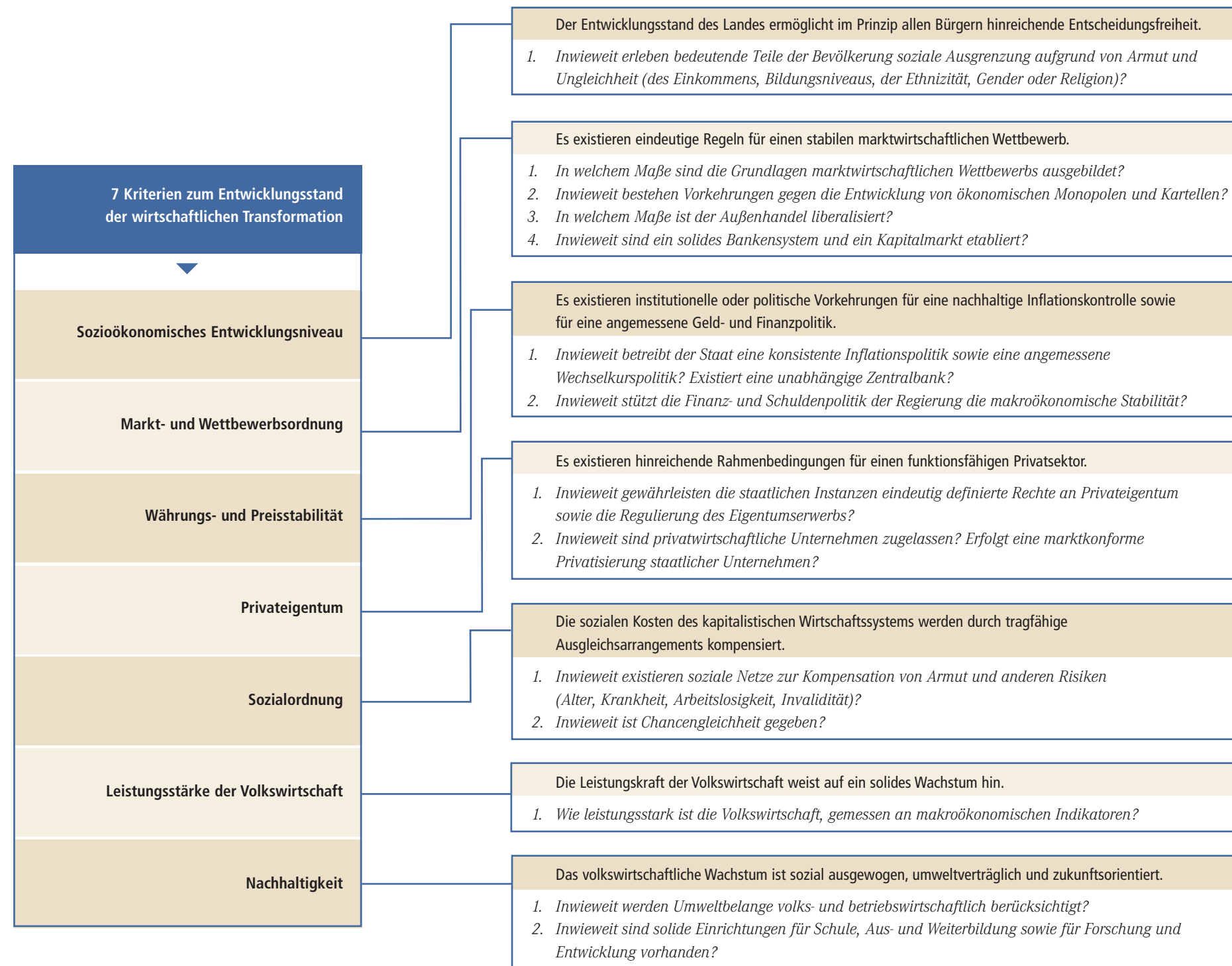


Ziele und Fragen

Status-Index Wirtschaftliche Transformation

Status-Index Marktwirtschaft

Der Status wirtschaftlicher Transformation wird anhand von sieben Kriterien erhoben, die auf der Grundlage von 14 Einzelfragen bewertet werden. Die dem BTI zugrunde liegende Vorstellung von sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft beinhaltet nicht nur Aspekte wie Wettbewerbsordnung und Eigentumsrechte, sondern auch Kriterien wie sozialer Ausgleich, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Umfassende Entwicklung zielt nach Verständnis des BTI nicht nur auf Wirtschaftswachstum ab, sondern erfordert erfolgreiche Armutsbekämpfung und die Ausweitung von Handlungs- und Entscheidungsfreiheit für möglichst viele Bürger.

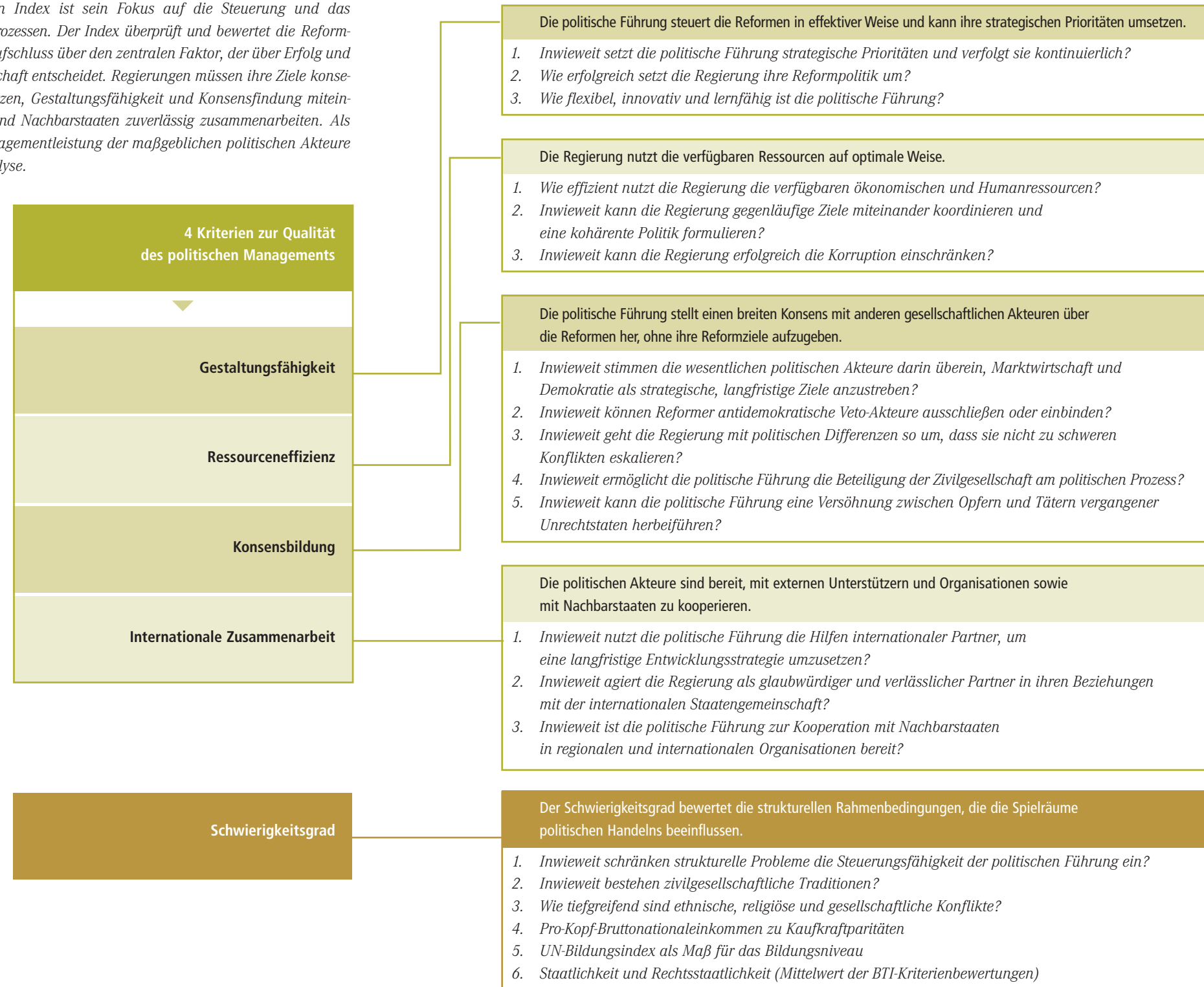


Ziele und Fragen

Management-Index

Die entscheidende Innovation des Transformation Index ist sein Fokus auf die Steuerung und das Management von Entwicklungs- und Transformationsprozessen. Der Index überprüft und bewertet die Reformpolitik der politischen Entscheidungsträger. Er gibt so Aufschluss über den zentralen Faktor, der über Erfolg und Misserfolg auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft entscheidet. Regierungen müssen ihre Ziele konsequent verfolgen, ihre Ressourcen klug und effektiv nutzen, Gestaltungsfähigkeit und Konsensfindung miteinander vereinbaren sowie mit externen Unterstützern und Nachbarstaaten zuverlässig zusammenarbeiten. Als weltweit einziges Ranking stellt der BTI damit die Managementleistung der maßgeblichen politischen Akteure mit selbst erhobenen Daten in den Mittelpunkt der Analyse.

Die vier Kriterien und die ihnen zugrunde liegenden 14 Fragen bewerten das Politikmanagement. Der aus sechs weiteren Fragen ermittelte Schwierigkeitsgrad trägt der Beobachtung Rechnung, dass die Qualität des Transformationsmanagements von strukturellen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land beeinflusst wird. Politische Steuerungsleistungen werden daher im Management-Index umso höher bewertet, je schwieriger die Ausgangsbedingungen und je geringer die verfügbaren Ressourcen sind.



Ziele und Fragen

Der Transformation Index

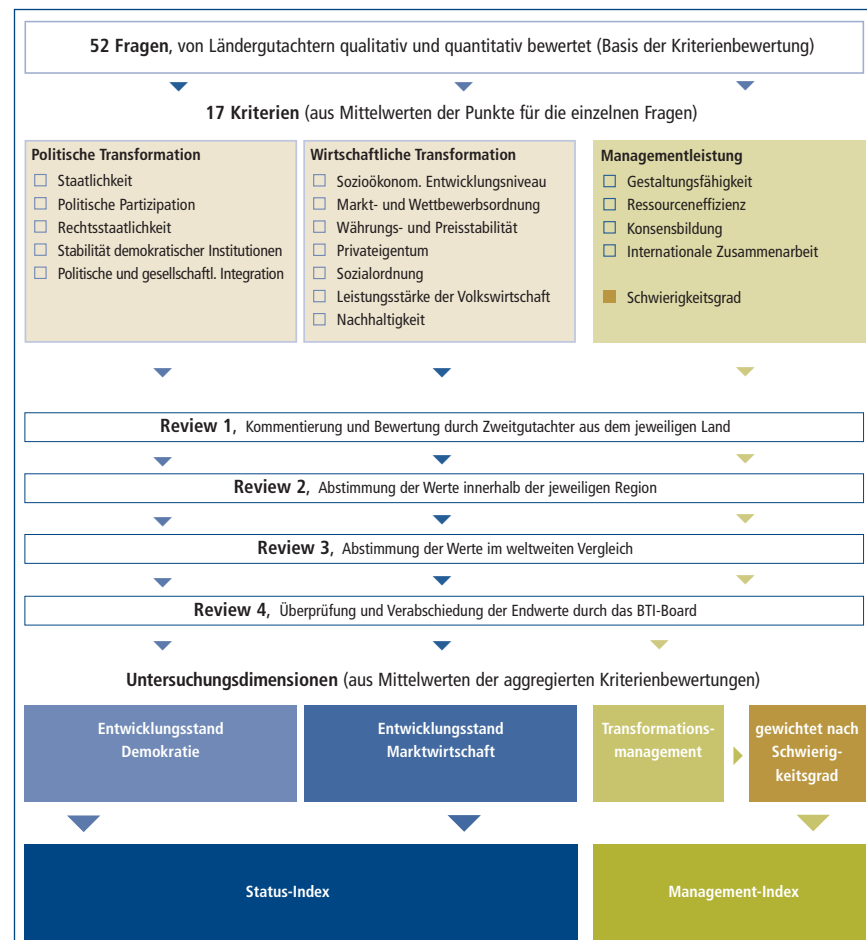
Ausführliche Ländergutachten informieren über Entwicklungsstand, Problemlagen und Steuerungsleistungen. Anhand eines standardisierten Codebuchs prüfen Länderexperten für jedes der 128 Länder, inwieweit die insgesamt 17 Kriterien erfüllt wurden. Sie vergeben dafür nicht nur Punkte, sondern erläutern in ihren online verfügbaren Ländergutachten auch die Analyse, die den numerischen Bewertungen zugrunde liegt. Ein zweiter Ländergutachter, zumeist aus dem betreffenden Land, überprüft Darstellungen und Bewertungen im Gutachten. Danach wird die Stimmigkeit der insgesamt 52 Einzelwerte im regionalen und interregionalen Vergleich sowie vom BTI-Board aus renommierten Wissenschaftlern und Entwicklungspraktikern überprüft und verabschiedet. Durch die Standardisierung der Unter-

suchung werden gezielte Vergleiche von Reformpolitik ermöglicht. Insgesamt bietet der BTI ein einzigartiges Datenwerk zu Beurteilung und Vergleich von Erfolgsfaktoren und Fehlentwicklungen in Entwicklungs- und Transformationsstaaten.

Der BTI erscheint alle zwei Jahre, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen und die Qualität der Datenbasis zu erhalten. Eine solche kontinuierliche Messung der Transformations- und Entwicklungsprozesse erlaubt es, beobachtete Trends zu überprüfen und die Effekte von transformationspolitischen Strategien zu ermitteln. Mit Hilfe von Zeitreihen kann der BTI somit das Steuerungswissen politischer Entscheidungsträger und ihrer externen Unterstützer erweitern.

Prüfsystematik:

- 128 Länder
- 17 Kriterien
- 52 Indikatoren
- insgesamt 6.656 Beurteilungen



Mitglieder des BTI-Board

- Dr. Franz-Lothar Altmann** Associate Professor, Universität Bukarest; Mitglied des Vorstands der Südosteuropa-Gesellschaft, München
- Dr. Matthias Basedau** Leiter, Forschungsschwerpunkt Gewalt, Macht und Sicherheit; Wissenschaftlicher Mitarbeiter, GIGA Institut für Afrika-Studien (IAA), Hamburg
- Prof. Dr. Klaus Bodemer** Senior Professorial Fellow, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien (ILAS), Hamburg
- Dr. Martin Brusis** Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg
- Prof. Dr. Aurel Croissant** Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg
- Sabine Donner** Project Manager, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Dr. Bernd Eisenblätter** Geschäftsführer, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn
- Dr. Stefan Empter** Senior Director, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Dr. Hauke Hartmann** Project Manager, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Prof. Dr. Sebastian Heilmann** Geschäftsführender Leiter, Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien; Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Trier
- Olaf Hillenbrand** Stellvertretender Leiter, Forschungsgruppe Zukunftsfragen, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Josef Janning** Senior Director, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Dr. Eberhard Kienle** Directeur de Recherche, Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris; Program Officer, Governance and Civil Society, Ford Foundation, Kairo
- Bernd Kuzmits** Wissenschaftlicher Referent, Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn
- Prof. Dr. Rolf J. Langhammer** Vizepräsident, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
- Prof. Dr. Wolfgang Merkel** Direktor, Abteilung Demokratie: Strukturen, Leistungsprofile und Herausforderungen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
- Prof. Dr. Dirk Messner** Direktor, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Felix Neugart** Leiter, Referat Nordafrika/Nah- und Mittelost, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
- Prof. em. Dr. Franz Nuscheler** Senior Fellow, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Gerhard-Mercator-Universität, Duisburg
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle** Direktor, Institut für Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Siegmund Schmidt** Abteilung Politikwissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Koblenz-Landau
- Prof. Dr. Hans-Henning Schröder** Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen
- Prof. Dr. Udo Steinbach** Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Philipps-Universität Marburg
- Dr. Peter Thiery** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsgruppe Zukunftsfragen, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Dr. Jan Claudius Völkel** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arnold-Bergstraesser Institut, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Prof. Dr. Uwe Wagschal** Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg
- Prof. Dr. Werner Weidenfeld** Direktor, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Prof. em. Dr. Helmut Wiesenthal** Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Weitere Informationen zum BTI 2010

Die Publikation *Transformation Index 2010: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich* bietet einen Ergebnisüberblick, detaillierte Regionalberichte, eine Analyse des Transformationsverlaufs bei defekten Demokratien, einen Methodikteil sowie alle Ländergutachten auf einer beiliegenden CD (ISBN 978-3-86793-050-5, Verlag Bertelsmann Stiftung 2009).

Alle Ländergutachten sowie weitere Informationen zum Projekt sind online verfügbar unter www.bertelsmann-transformation-index.de. Hier findet sich auch der Transformationsatlas, der mit Weltkarten, Ländergraphiken und Vergleichsdarstellungen die 6.656 Einzelwerte des BTI 2010 illustriert.

www.bertelsmann-transformation-index.de

| Bertelsmann Stiftung

Impressum

© 2009

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Verantwortlich:

- Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Sabine Donner, +49 52 41 81 81 501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de
 - Dr. Hauke Hartmann, +49 52 41 81 81 389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Fotografien:

- © Bertelsmann Stiftung (Titel)
- © dpa Picture-Alliance GmbH (alle anderen Fotos)

Gestaltung:

www.kopfstand-web.de

Druck:

www.matthiesendruck.de